

In Israel nicht mehr auszuhalten?

Chiara Cruciani

Eine Flut kleiner nationalistisch-militaristischer Aufkleber steht für einen wachsenden radikalen Impuls, der sich längst in der Rhetorik und Politik der rechtsextremen Regierung widerspiegelt. Einen zunehmenden Teil der israelischen Gesellschaft treibt diese Politik in die Emigration.

Ein Meer aus Aufklebern in allen Farben und Formaten – Fotos israelischer Soldaten, die in den vergangenen zwei Jahren an den verschiedenen Fronten gefallen sind. Manche lächeln, manche halten Gewehre, fast alle tragen Uniform. Jeder Aufkleber sendet eine Botschaft. Am häufigsten steht dort: „Möge Gott sein Blut rächen“. Andere zitieren Verse aus der Thora.

Die Sticker markieren eine Verschiebung: Weg vom kollektiven Ausdruck der Trauer über die israelischen Opfer des Gaza-Konflikts, hin zu einem öffentlichen Ruf nach Durchhalten und Weitermachen. „Wir dürfen nicht aufhören“, lautet einer der häufigsten Slogans.

Doch ein Teil der israelischen Gesellschaft verweigert sich. Diese Distanzierung

bleibt nicht nur verbal. Sie ist auch physisch – Menschen wandern aus. „In den letzten Monaten habe ich mindestens 15 Freunde verloren, israelische wie palästinensische, alle Aktivisten. Sie sind ausgewandert“, sagt Oren*, Mitglied einer israelischen Menschenrechtsorganisation. „Viele von ihnen haben Kinder und wollen sie nicht in einer solchen Gesellschaft aufwachsen sehen. Auch Anhänger der Regierung verlassen das Land. Das Leben in einem dauerhaft instabilen Kriegsgebiet macht ihnen Angst.“

Yael* ist eine langjährige Aktivistin, die sich seit Jahren an der Seite der Palästinenser*innen engagiert. Die bekennende Antizionistin versucht seit Monaten, ihr Haus zu verkaufen, um ins Aus-



land zu ziehen. Bisher hat sie noch keinen Käufer gefunden.

Auch ihre Freundin Noa* ringt mit der Entscheidung zu gehen: „Ich befürchte, es wird nur noch schlimmer werden, dass es kein Zurück mehr gibt von Rassismus und Autoritarismus. Nur ein Gedanke hält mich noch zurück: Wenn wir gehen, bleiben nur Siedler, Nationalisten und religiöse Menschen zurück.“

Die Auswanderung jüdischer Israelis hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das selbst die Regierung alarmiert. Nach den jüngsten Zahlen des Knesset-Ausschusses für Einwanderung, veröffentlicht am 20. Oktober, verließen 59.400 Israelis bereits 2022 das Land – ein Anstieg von 44 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2023 stieg die Zahl auf 82.800 und blieb 2024 auf ähnlich hohem Niveau.

Gleichzeitig brach die Zahl der Rückkehrenden ein: von 24.200 im Jahr 2023 auf nur noch 12.100 zwischen Januar und August 2024. Insgesamt lebten zwischen Anfang 2022 und Mitte 2024 rund 130.000 jüdische Israelis weniger im Land – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa sieben Millionen einschließlich der rund 700.000 völkerrechtlich illegalen Siedler in den besetzten palästinensischen Gebieten Ostjerusalems und des Westjordanlands.

Der Trend hat sich auch 2025 fortgesetzt, berichtete die Tageszeitung „The Times of Israel“ zum Jahresende. Demnach verließen 2025 mehr als 69.000 Israelis das Land, sodass Israel zum zweiten Mal in Folge eine negative Migrationsbilanz verzeichnete, teilte das zentrale Statistikamt mit. Abzüglich der Zahlen von Einwandernden und Rückkehrenden bleibe so ein Nettoverlust von etwa 20.000 Personen.

Eine Million Israelis leben im Ausland

Der Vorsitzende des Ausschusses für Einwanderung, der Knesset-Abgeordnete Gilad Kariv von der Arbeitspartei, sprach von „keiner Welle, sondern einem Tsunami“. Aktuell lebten „eine Million Israelis im Ausland“, sagte er. Offiziell nannte die Kommission keine Gründe für die Entwicklung. Beobachter gehen jedoch davon aus, dass die Zahlen deutlich unterschätzt sind. So berichtete die „Times of Israel“ unter Berufung auf die Bevölkerungsbehörde für 2024 sogar von bis zu einer halben Million Auswandernden. Der Trend ist eindeutig: Seit Langem verlassen mehr Israelis das Land, als Neuan-

Untätige Polizei und straflose Gewalt in arabischen Gemeinden Israels

Die israelische Zeitung Haaretz sprach am 21. März von bis dato 74 Opfern einer Welle an Morden an Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft – allein seit Jahresbeginn 2026. Beobachter machen für diesen seit Jahren anhaltenden Trend die systematische Vernachlässigung durch die israelische Polizei unter dem rechtsextremen Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir verantwortlich.

Im Vorjahr wurden landesweit 252 Tote gezählt, 233 in 2024, 242 in 2023 – im Jahr 2022, vor Ben-Gvirs Ernennung, wurden 108 getötet.

„Auf unseren Straßen fließt Blut“, rief der Bürgermeister der arabischen Stadt Tira, Maamun Abd Elhai, schon im Sommer 2023 während einer Ansprache in Tel Aviv. Ein ranghoher Mitarbeiter seiner Stadtverwaltung war zuvor nahe einer Polizeiwache erschossen worden. In der Beduinenstadt Rahat im Negev sollen 18.000 illegale Waffen unter 80.000 Einwohnern kursieren.

Geschätzt 100.000 Teilnehmende waren am 23. Januar nach einer Häufung von Gewalt ins Galiläische Sachnin, 40.000 aus dem ganzen Land am 31. Januar zum Protest nach Tel Aviv gekommen, vor allem aus der palästinensisch-arabischen Minderheit, die rund ein Fünftel der israelischen Bevölkerung ausmacht – aber auch jüdisch-israelische Regierungskritiker.

Die Polizei in Israel ist nicht den Bürgermeistern unterstellt, sondern Ben-Gvirs Ministerium für Nationale Sicherheit – und praktiziere in vielen arabischen Ortschaften eine „tödliche Zurückhaltung“, sagte Jamal Zahalka, der Vorsitzende des Dachverbands der arabischen Minderheit in Israel. Seit dem Amtsantritt der rechtsextremen Regierung unter Premier Benjamin Netanjahu vor drei Jahren sind die Mordraten in den arabisch-palästinensischen Gemeinden sprunghaft angestiegen – mit weiter steigender Tendenz von rund 100 auf über 250 Fälle pro Jahr. Auch die Zahl der getöteten Frauen lag mit 23 bei einem neuen Rekordwert. Beim Großteil der Getöteten handelt es sich indes um junge Männer im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.

Ben-Gvir hat zahlreiche erfahrene Polizeikommandeure aus dem Dienst gedrängt und durch loyale Kandidaten ersetzt, die seiner nationalreligiösen Ideologie nahestehen. In vielen arabischen Ortschaften breiten sich daraufhin straflos bleibende organisierte Kriminalität und Schutzgelderpressung aus.

Quellen: <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-security/2026-03-20/ty-article/.premium/74-killed-in-79-days-man-fatally-shot-in-northern-israeli-arab-town/0000019d-0ab4-d489-adbf-febfa42b0000>, <https://www.deutschlandfunk.de/beduinenstadt-in-der-negev-wueste-warum-die-gewalt-in-rahatausufert-100.html>, <https://taz.de/40000-Menschen-demonstrieren-in-Israel!/6150301/>, <https://www.israelnetz.com/demonstration-zehntausende-araber-fordern-mehr-polizeieinsatz-gegen-gewalt/>, <https://www.derstandard.de/story/3000000184450/zehntausendeproteste-in-israel-nach-gewalt-in-vorwiegend-arabischen-orten>, <https://www.timesofisrael.com/arab-jewish-protesters-turn-out-in-record-numbers-for-tel-aviv-anti-crime-protest/>



Vertreibung aus dem Paradies.

kömmlinge als Staatsbürger eingebürgert werden.

Yinon Cohen, Soziologe an der Columbia University, beschäftigt sich seit Jahren mit der Auswanderung aus Israel. In einer im Juni 2025 gemeinsam mit Kaiting Zhou veröffentlichten Studie schreibt er, der Anstieg habe bereits vor dem Oktober 2023 in Israel eingesetzt und könne mit der im Januar desselben Jahres begonnenen Justizreform zusammenhängen. „Die kurzfristigen Auswirkungen des Angriffs vom 7. Oktober 2023 auf die israelische Auswanderung sind jedoch noch deutlicher spürbar“, so Cohen.

Sollte sich die Zahl der Israelis, die das Land 2024 verließen, im Vergleich zu 2022 tatsächlich verdoppeln, zieht Cohen eine Parallele zur Zweiten Intifada, die im Jahr 2000 begann und ebenfalls zu einem starken Anstieg der Auswanderung führte. Damals allerdings erreichte die Abwanderung 2001 ihren Höhepunkt und halbierte sich innerhalb von fünf Jahren wieder.

Diesmal könnte es anders sein, schreiben Cohen und Zhou. „Die jüngsten Entwicklungen in Israel tragen nicht dazu bei, die Auswanderung zu verringern. Der Konsens über den Krieg beginnt bereits

zu bröckeln, und bis Ende 2024 ist die Solidarität unter Juden im Vergleich zu Dezember 2023 dramatisch gesunken.“ Es gebe daher wenig Hinweise darauf, dass sich der Trend – wie in früheren Krisen – von selbst umkehren werde. Zumal die höchst umstrittene Justizreform der Regierung erneut an Fahrt zu gewinnen scheint.

Was wird aus der Demokratie?

Gerade diese Entwicklungen schüren Zweifel an der Zukunft eines demokratischen Israels – insbesondere unter säkularen und progressiven Israelis. Es ist jene Bevölkerungsgruppe, die tendenziell über ein hohes Bildungsniveau verfügt und zugleich am ehesten die Mittel und Möglichkeiten hat, das Land zu verlassen.

Zu ihnen gehört Eitan*, ein Professor, der nach mehreren erfolglosen Bewerbungen im israelischen Hochschulwesen nach Europa emigrierte. Seine Familie und seine Partnerin leben noch immer in Israel. Auch er wäre gern geblieben. „Aber es gibt dort keinen Platz für Menschen, die außerhalb des Konsenses der Völkermordbefürworter stehen und Karriere machen wollen“, sagt Eitan. Als jüdischer Israeli wird man „nicht ins Gefängnis gesteckt. Aber man wird daran gehindert, seinen Lebensunterhalt zu verdienen.“

Die Regierung allein sei jedoch nicht der Grund für seine Entscheidung gewesen. Auch „die sogenannte Opposition, die sich weder in Gaza noch im Kampf für die Meinungsfreiheit wie eine Opposition verhält“, habe ihn enttäuscht. Hinzu komme das weitgehende Schweigen der akademischen Welt.

„Ich habe palästinensische Freunde, die enttäuscht sind, weil sie sich in einer faschistischen Gesellschaft im Stich gelassen fühlen“, sagt Eitan. „Andere im Ausland wiederum glauben, das Beste, was ein linker Israeli tun könne, sei, das Land zu verlassen.“ Er selbst ist hin- und hergerissen. „Ich glaube nicht, dass mein Beitrag zum palästinensischen Kampf darin besteht, dass es einen Israeli weniger im Land gibt.“ Eigentlich müsse man bleiben.

Die Aussicht auf eine Rückkehr ist für Eitan nicht absehbar. Noch immer droht ein dauerhafter Krieg, und es fehlen politische Lösungen jenseits militärischer Besatzung. Die extreme Rechte bleibt stark, das zeigen aktuelle Umfragen. Große Mehrheiten befürworten demnach

die Vertreibung von Palästinenser*innen, auch durch gewaltsames Vorgehen radikaler Siedler.

Die Migrationsbewegungen spiegeln diese Entwicklung wider. Ein Blick auf die Einwanderungsdaten zeigt: Es sind derzeit vor allem religiöse und nationalistische Juden, die nach Israel ziehen – vor allem aus Frankreich und den Vereinigten Staaten.

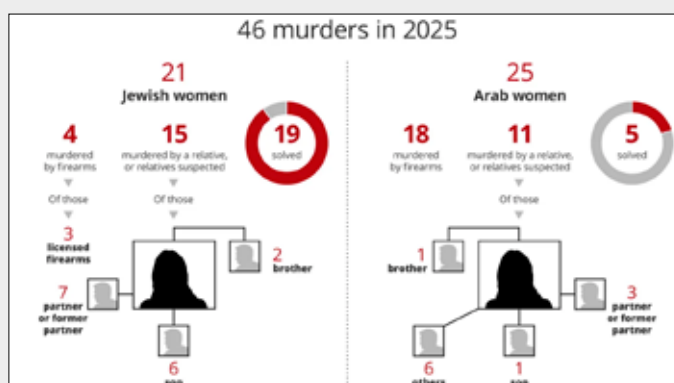
Ja, manchmal fühle er sich im Exil tatsächlich unwohl, sagt Eitan. Doch aus einem anderen Grund: „Ich schäme mich, Israeli zu sein. Und ich denke, es ist richtig, dass ich mich schäme.“

*Namen aus Sicherheitsgründen geändert.

Chiara Cruciani ist Korrespondentin der italienischen Zeitung Il Manifesto in Tel Aviv. Nachdruck nach Erstveröffentlichungen in nd-aktuell <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1197254.emigration-von-juden-israel-fuer-viele-bewohner-nicht-mehr-auszuhalten.html> und Il Manifesto <https://ilmanifesto.it/la-grande-emigrazione-di-israele>

Femizide: Kollateralschäden der Gaza-Kriegsstimmung in Israel?

46 Frauen wurden 2025 in Israel ermordet, mehr als in jedem anderen Jahr. Durch Recherchen der Tageszeitung Haaretz wurden 26 nach Anklagen oder Verdächtigungen von einem Verwandten oder Familienmitglied ermordet: ein Partner, ein ehemaliger Partner, ein Bruder oder ein Sohn. Zweiundzwanzig von ihnen wurden mit einer Schusswaffe umgebracht.



„Wir befinden uns in einer nationalen Notsituation. Die Zahlen sind so beängstigend“, sagt Lili Ben Ami, Gründerin und Leiterin des Michal Sela Forums, benannt nach

ihrer Schwester, die 2019 von ihrem Partner ermordet wurde. „In unserer Hotline haben wir seit Beginn des Gaza-Krieges einen Anstieg von 200 Prozent bei den Anrufen gesehen, und in den Schutzprogrammen, die wir mit dem Wohlfahrtsministerium durchführen, ist die Zahl der bedrohten Frauen in einem Jahr von 62 auf fast 400 gestiegen. Trotzdem beschäftigt sich die Regierung überhaupt nicht mit dem Thema.“

Laut dem Knesset Research and Information Center werden jährlich über 10.000 Anträge auf Schutzanordnungen aufgrund ehelicher häuslicher Gewalt sowie über 500 Beschwerden über Verstöße gegen solche Anordnungen gestellt. Etwa 500 Frauen pro Jahr flüchten sich in staatliche Unterkünfte, ohne elektronische Überwachung der Täter.

Die staatliche Kampagne „Israel ist bewaffnet“ wird vom Nationalen Sicherheitsministerium und seinem rechtsextremen Chef Ben-Gvir als großer Erfolg angesehen. Innerhalb von zwei Jahren haben umfassende regulatorische Lockerungen zur Ausstellung von 157.000 privaten Schusswaffengenehmigungen geführt – doppelt so viele wie vor der Reform. Weitere 300.000 private Waffenerlaubnisse sind in Planung. Diese Zahlen enthalten keine dienstlichen Schusswaffen von Sicherheitskräften. Laut der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage hat fast die Hälfte der neuen privaten Waffenerlaubnisinhaber keine Erfahrung mit Schusswaffen. Selbst das Sicherheitsministerium wollte, dass das Wohlfahrtsministerium bei Anträgen auf Schusswaffenerlaubnisse zustimmen müsse, um Fälle mit Hintergrund häuslicher Gewalt zu identifizieren. Das Wohlfahrtsministerium jedoch lehnte ab.

Im Jahr 2022 hat die Regierung ihre Entscheidung, der Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beizutreten, rückgängig gemacht. Die Regierung behauptete, sie brauche die Maßnahme nicht, um das Phänomen zu bekämpfen.

Quellen: Ran Shimoni, Josh Breiner und Yael Freidson auf www.haaretz.com am 15.1.2026 und 10.3.2026